Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

44 (22.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 44 — Montag, den 22. Februar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In Paris hat, nachdem Painlevé seinen Auftrag niederlegte, Tardieu ein Kabinett gebildet, mit dem er am Dienstag vor die Kammer treten wird.

•

Das neue Kabinett ist ein Kampfkabinett der Rechtsmehrheit der Kammer, es wird im Senat auf starken Widerstand stoßen.

•

Die Abrüstungsaussprache in Genf wurde auf Mittwoch vertagt, denn die Franzosen wollen Tardieu gegen die deutschen Vorschläge sprechen lassen.

•

Die Memelfrage fand im Völkerbundsrat eine unbefriedigende Lösung. Es ist zwar zu erwarten, daß die Signatarmächte des Memelstatuts den Streit dem Haager Gerichtshof anvertrauen.

•

Zum 1. April wird eine Biersteuersenkung angekündigt, um eine Herabsetzung der Bierpreise zu ermöglichen.

•

In der Schlacht bei Schanghai scheinen die Japaner Erfolge durch Einnahme von Kiangwan erzielt zu haben.

•

In einer Versammlung von Vertrauensleuten sämtlicher Gastwirtsverbände wurde am Sonntag vormittag mit einer Mehrheit von 75 v. H. beschlossen, den Bierstreik am Donnerstag beginnen zu lassen, wenn die Verhandlungen mit dem Preiskommissar zu keinem Ergebnis führen sollten. Dieser Beschluß würde für das Gastwirtsgewerbe im ganzen Reich gelten.

•

Auf einer Tagung des Gesamtvorstandes der deutschen Staatspartei am Sonntag hielt Reichsfinanzminister Dietrich eine größere Rede. Sodann nahm der Gesamtvorstand eine Entschließung an, in der u. a. gegen den Rechtsbruch im Memelland protestiert wird.

•

Das neue Kabinett Tardieu wird sich am Dienstag nachmittag den beiden Kammern vorstellen. Es verlautet, daß Tardieu am Mittwoch bereits nach Genf zurückkehren wird, um die Führung der französischen Abrüstungsdelegation wieder zu übernehmen.

•

Im ganzen Reich fanden am Sonntag Kundgebungen der „Eisernen Front" statt.

Wieder Reichstag

Das Vorspiel zur Präsidentenwahl

Nach langer Pause tritt der Reichstag am Dienstag, den 23. Februar, wieder zusammen. Seit der letzten Tagung, die am 13. Oktober begann, liegen vier Monate schwerster Ringens Deutschlands hinter uns. Die Stillhalte-Verhandlungen sind zum Abschluß gekommen, die Sachverständigen haben ihr trotz der vorsichtigen Formulierung vernichtendes Urteil über die Reparationen gesprochen. Zu der Reparations-Konferenz selbst ist es jedoch nicht gekommen. Wenige Tage vor dem in Ouchy erwarteten Zusammentritt wurde die Konferenz von Frankreich abgeblasen. Erst vor kurzem haben sich England und Frankreich dazu entschlossen, im Juni die Reparationskonferenz stattfinden zu lassen.

Diese beiden wichtigen Fragen überschatteten zunächst alle wirtschaftlichen Vorgänge. Aber noch Wesentlicheres mußte durchgeführt werden. Die vierte Notverordnung hat eine neue Lohn- und Gehaltssenkung gebracht, die in einschneidender Weise jeden noch im Erwerbsleben stehenden Deutschen traf. In dem Augenblick, da der Reichstag wieder zusammentritt, kann man sich ungefähr ein Bild von der Auswirkung der an die Lohn- und Gehaltssenkung anschließenden Preissenkung machen. Zweifellos ist es der Regierung gelungen, diesmal einen schärferen Einbruch in die Preisfront durchzuführen. Aber das Ausmaß der Preissenkungen entspricht bis jetzt noch nicht den Erwartungen, die man an sie knüpfte, da vor allem auf vielen Gebieten die Preise inzwischen wieder angezogen haben. Aber selbst wenn die Preissenkung genau der Lohnsenkung entspräche, hat sich dadurch noch nichts Wesentliches geändert. Der Binnenmarkt liegt völlig darnieder und das Heer der Arbeitslosen hat ein noch nie erlebtes Ausmaß angenommen. Die einzige erfreuliche Feststellung besteht darin, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit doch nicht in dem gefürchteten scharfen Tempo vor sich gegangen ist, daß vielmehr der letzte Ausweis eine um eine halbe Million geringere Arbeitslosigkeit ergab, als man erwartet hat.

Selbstverständlich befinden wir uns augenblicklich nur in einem Uebergangsstadium, denn es ist für jede Volksgemeinschaft unerträglich, daß über 6 Millionen erwerbsfähiger Menschen aus dem Arbeitsprozeß, sei es auch nur zeitweilig, ausgeschlossen werden. Denn diese Zahl bedeutet, daß fast ein Drittel des deutschen Volkes direkt abhängig von der Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrts-Unterstützung ist. Gelingt es nicht, im Laufe des nächsten Jahres durch besondere Vereinbarungen mit den anderen Staaten die jäh unterbrochenen Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen und auszubauen, so muß an deren Stelle **eine autarke Wirtschaft** treten, die, wenn sie auch das Lebensniveau der Allgemeinheit noch weiter herabsetzt, wenigstens der einen Aufgabe gerecht werden muß, der großen Masse des Volkes Erwerbsmöglichkeiten zu geben. Die Entscheidung über diese Fragen wird im Sommer fallen.

Die Reichstagstagung am 23. Februar steht im Zeichen der **Vorbereitung der Präsidentschaftswahl.** Bis dahin wird, nachdem die Frontenbildung bereits vollzogen ist, auch Klarheit darüber bestehen, wer außer Hindenburg als Kandidat aufgestellt wird. Auch die Parlamentstagung am 23 Februar wird die nationale Opposition dazu benutzen, erneut den Versuch zu machen, **Brüning zu stürzen.** Das Schicksal der Regierung hängt im wesentlichen von der Entscheidung der Wirtschaftspartei ab. Die Deutsche Volkspartei gehört bereits der Opposition an.

Ob der Augenblick zu einem Sturz Brünings günstig gewählt ist, mag dahingestellt bleiben. Seit der letzten Reichstagstagung und den verschiedenen Kämpfen im Aeltestenrat ist kaum damit zu rechnen, daß ein wesentlicher Wandel in der Haltung der Parteien eintritt, die die Regierung stützen. Am schärfsten bekämpft dürfte die Stellung des Reichswehrministers und Innenministers Gröner sein, gegen den bereits ein Mißtrauensantrag der KPD. vorliegt. Es fragt sich, ob sich hieraus nicht schwere Komplikationen ergeben werden, da namentlich in den Reihen der SP. die Opposition gegen Gröner sehr scharf ist. Sollte Gröner gestürzt werden, so sind die sich daraus ergebenden Konsequenzen noch nicht zu übersehen. Es wäre denkbar, daß Brüning in diesem Falle nur eine Kabinettsumbildung vornimmt, ebenso ist es aber auch möglich, daß Brüning Gröner voll deckt, und im Falle seines Sturzes mit einer Gesamtdemission des Kabinetts droht.

Gegen eine Ueberraschung der Reichstagstagung spricht, daß die Parteien voraussichtlich erst einmal das Ergebnis der am 13. März stattfindenden Reichspräsidentenwahl abwarten wollen. An sie schließen sich Anfang Mai in Preußen, Bayern, Württemberg, Mecklenburg usw. die Landtagswahlen an, von denen man die wichtigsten innerpolitischen Entscheidungen erwartet, nach denen möglicherweise eine Reichstagsauflösung erfolgen könnte.

Das neue französische Kabinett

Paris, 20. Febr. Heute früh hat Painlevé auf die Kabinettsbildung verzichtet, da die Verteilung der Ministerien die größten Schwierigkeiten machte. Er sagte in einer Erklärung an die Presse, die Linksparteien hätten ihm bei seiner Aufgabe, ein Ministerium der republikanischen Versöhnung zu bilden, ihre volle Mitwirkung zugesagt. Unterstützung von anderer Seite, auf die er glaubte rechnen zu können, sei ihm aber verweigert worden.

Die vergeblichen Bemühungen Painlevés haben den Beweis geliefert, daß bei der augenblicklichen Zusammensetzung der Kammer weder eine große Koalition noch ein sogenanntes „Kabinett der Verständigung" möglich ist. Tardieu scheint der einzige zu sein, der im Augenblick eine Regierung zustandebringen könnte, deren Lebensfähigkeit bis zu den Wahlen gesichert ist. Ein solches Kabinett würde naturgemäß, zumindest dem Geiste nach, dem Kabinett Laval sehr ähnlich sehen und sich auf der bisherigen Mehrheit der Kammer aufbauen. Tardieu, der auch diesmal wieder ganz besonders geschickt manövriert hat und den auch die Verantwortung für das Scheitern der Bemühungen Painlevés trifft, scheint auch geneigt zu sein, eine Beauftragung anzunehmen.

•

Paul Boncour oder Louis Barthou?

Paris, 20. Febr. Havas nimmt an, daß der Präsident der Republik nunmehr Paul Boncour oder Louis Barthou, auf jeden Fall aber einen Senator, mit der Kabinettsbildung betrauen werde.

*

Tardieu Ministerpräsident und Außenminister

Paris, 21. Febr. Der Präsident der Republik hat nach Abschluß der Besprechungen den bisherigen Kriegsminister **Tardieu** zu sich gerufen und ihn mit der Regierungsbildung betraut. Tardieu hat den Auftrag angenommen und noch in der Nacht ein Kabinett gebildet, worüber gemeldet wird:

Paris, 21. Febr. André Tardieu hat nach Mitternacht sein Kabinett folgendermaßen gebildet:

Ministerpräsidium und Auswärtige Angelegenheiten: Tardieu,

Justizministerium und Kontrolle der öffentlichen Verwaltungen: Reynaud,

Inneres: Mahieu,

Finanzen: Flandin,

Nationale Verteidigung: Piétri,

Oeffentlicher Unterricht: Mario Roustan,

Pensionen und befreite Gebiete: Chempetier de Ribes,

Arbeit: Laval,

Oeffentliche Gesundheitspflege: Blasiot,

Oeffentliche Arbeiten, Verkehrswesen und Handelsmarine: Guernier,

Landwirtschaft: Dr. Chaumean,

Handel, Post und Telegraphenverwaltung: Bollin,

Kolonien: de Chappedelaine.

Das Kabinett zählt sieben Mitglieder weniger als das vorausgegangene Kabinett. Das Budgetministerium ist mit dem Finanzministerium, das Ministerium für Handelsmarine und Handelsluftfahrt mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, das Post- und Telegraphenministerium mit dem Ministerium für Handel wieder vereinigt worden. Neu geschaffen wurde das Ministerium für nationale Verteidigung, das die bisherigen Ministerien für Heereswesen, Kriegsmarine und Militärluftfahrt vereinigt.

Dem neuen Kabinet gehören u. a. an: ein Sozialrepublikaner und ein Unabhängiger, drei Mitglieder der Radikalen Linken, sechs Linksrepublikaner, zwei Mitglieder der Fraktion Franklin Bouillon, ein katholischer Demokrat, zwei Mitglieder der Demokratisch-Sozialen Aktion (Fraktion Mazinot) und zwei Mitglieder der Demokratisch-Republikanischen Union (Fraktion Marin).

Das neue Kabinett tritt am Dienstag vor das Parlament. Tardieu beabsichtigt, am kommenden Mittwoch nach Genf abzureisen, um die Führung der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz wieder zu übernehmen.

•

Im Spiegel der Pariser Presse

Paris, 21. Febr. Das Kabinett Tardieu wird von der Presse der Mehrheit und von den großen Nachrichtenblättern **mit Freuden begrüßt.** Ein Teil der linksstehenden Presse nimmt das Ministerium Tardieu mit Resignation auf. Einige radikale Blätter sowie vor allem auch der sozialistische „Populaire" erklären jedoch, daß es sich um ein Kampfkabinett handle und daß die Mehrheit des Senats dieses Ministerium als Herausforderung betrachten müsse. Der Kampf der Opposition gegen das Kabinett gehe fort.

„Oeuvre" erklärt, wenn man etwa meinen wollte, daß die Angelegenheit nun erledigt sei, dann täusche man sich. Die „Republique" Daladiers schreibt: **Die Rechte erklärt dem Senat den Krieg.** Der Senat werde die Herausforderung annehmen.

Der sozialistische „Populaire" schreibt, die Sozialisten würden den Kampf bereits am Dienstag in der Kammer aufnehmen. **Tardieu personifiziere die Politik der schlimmsten und brutalsten Reaktion.** Der Senat habe Laval-Tardieu gestürzt, Doumer schicke ihm ein Kabinett Tardieu-Laval zurück. Der Senat müsse das für einen schlechten Scherz halten.

Abrüstungskonferenz auf Mittwoch vertagt

Genf, 21. Febr. Die Abrüstungskonferenz hat ihre allgemeine Aussprache fortgesetzt und sich auf den nächsten Mittwoch vertagt. Am Samstag sprach zunächst der **Vertreter Südafrikas,** der die italienischen Abrüstungsvorschläge begrüßte und hinsichtlich der französischen Vorschläge betonte, daß die von Frankreich gewünschte internationale Zusammenarbeit kommen werde, wenn die Staaten abgerüstet seien. Der **Vertreter Chiles** wies darauf hin, daß sein Land keinen Anspruch darauf habe, das Ergebnis der Konferenz durch selbständige Beschlüsse zu beeinflussen, sondern im wesentlichen nur durch eine moralische Unterstützung zum Erfolg der Konferenz beitragen könne. Schließlich sprach der litauische Außenminister **Zaunius.**

Bildung eines Kuratoriums für die Hindenburg-Wahl

Berlin, 21. Febr. Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse teilt folgendes mit: Es hat sich ein Kuratorium der Hindenburg-Ausschüsse gebildet, dem folgende Persönlichkeiten angehören: Oberpräsident a. D. von Batocki-Königsberg i. Pr., Franz Behrens, Vorsitzender des Verbandes ländlicher Arbeitnehmer, Berlin, Robert Bosch-Stuttgart, Geheimrat Duisberg, Leverkusen, General der Infanterie a. D. von Eisenhart-Rothe, Berlin, Forstrat a. D. Escherich, München, Landrat a. D. Gereke, MdR., Oberbürgermeister Dr. Sahm, Berlin, Oberst a. D. Seißer, München, Reichsgerichtspräsident a. D. Simons, Berlin, Graf Westarp MdR., Berlin, Freiherr von Wilmowski, Martental, Generalmajor a. D. von Winterfeldt, Berlin.

Der Memelkonflikt vor dem Völkerbundsrat

Schlappe Haltung des Rates

Genf, 21. Febr. Im Völkerbundsrat lag am Samstag der **Bericht Colbans über die Memelfrage** vor, der vom Rat **angenommen wurde.** Es heißt darin, daß die anormale Lage im Memelgebiet **schleunige Maßnahmen verlange, um eine Verschärfung der Lage zu vermeiden. Es bestehe die Notwendigkeit, ein Direktorium einzusetzen, das sich dem Landtag unverzüglich vorstellen müsse.** Diese Maßnahmen präjudizierten nicht die Rechtmäßigkeit der Abberufung Böttchers.

In der Aussprache erklärte der litauische Außenminister **Zaunius,** daß einige Zunkte des Berichtes offenbar über die Befugnisse des Rates hinausgingen. Zaunius deutete an, daß die litauische Regierung die **Auflösung des Memellandtages in Erwägung ziehe.**

Staatssekretär von Bülow erwiderte, daß das Memelgebiet seit 1927 unter Kriegsrecht stehe. **In unerhörter Weise werde die Bevölkerung an der Ausübung ihrer Grundrechte gehindert.** Es sei dem Berichterstotter, unterstützt von den hervorragendsten Juristen der Signatarmächte, offensichtlich nicht gelungen, der Sache Herr zu werden. Er warne dringend davor, sich mit einem solchen **Versagen des Völkerbundsmechanismus** und des Memelstatuts abzufinden. Es würde bedeuten, daß die Memelländer so gut wie rechtlos der Willkür einer ihnen nicht wohlgesinnten Obrigkeit ausgesetzt werden. Die vier Signatarmächte hätten die Möglichkeit, den Fall alsbald **vor den Internationalen Gerichtshof im Haag zu ziehen.** Von dieser Möglichkeit bäte er Gebrauch zu machen.

Die **kurzen Erklärungen,** die hierauf die Signatarmächte, das heißt, **England, Frankreich, Italien, Japan** abgaben, beschränkten sich darauf, von dem Appell Kenntnis zu nehmen und eine **Weiterleitung an ihre Regierungen zuzusagen,** wobei allerdings der Engländer und der Italiener auf die Notwendigkeit hinwiesen, im Memelland ein satzungsentsprechendes Direktorium einzurichten.

In hiesigen deutschen Kreisen hofft man, daß die Signatarmächte sich nunmehr an den Haager Gerichtshof wenden werden. Aber auch wenn diese Hoffnung erfüllt werden sollte, kann nicht verschwiegen werden, **daß unser Vorstoß vor dem Völkerbundsrat mit einem Mißerfolg, vor allem einem moralischen Mißerfolg, geendet hat. Der Rat befaßte sich nicht mit der Kernfrage und will sich nicht mit ihr befassen.** Mit einer moralischen Verurteilung Litauens ist uns nicht geholfen.

Der Bericht Colbans wurde vom Rat einstimmig angenommen, nachdem Zaunius gegen die Abschnitte, die sich mit der Lage im Memelgebiet befassen, einen Vorbehalt eingelegt hat.

Düsterberg Sammelkandidat?

Berlin, 20. Febr. Nunmehr fand eine Besprechung zwischen Geheimrat **Hugenberg** und Adolf **Hitler** über die **Fragen der Reichspräsidentenwahl statt.** Wie die „DAZ." erfährt, ist die Absicht der Deutschnationalen und des Stahlhelms, **eine Kandidatur Düsterberg aufzustellen,** auch dahin zu verstehen, daß dieser Name als Vorschlag für eine Sammelkandidatur der gesamten Rechtsopposition gilt. Die Verhandlungen der Führer sollen nun am Montag fortgesetzt werden.

Biersteuersenkung angekündigt

Berlin, 21. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Die Verordnung über die **Bierpreissenkung bleibt bestehen** und wird durchgeführt, und zwar nach Maßgabe der vom Preiskommissar erlassenen Ergänzungsverordnung, wonach die örtlichen Behörden Härten ausgleichen können. Die Reichsregierung hält jedoch, wie sie das zum Ausdruck gebracht hat, im Gesamtrahmen des Bierpreisproblems auch die Inangriffnahme des Getränkesteuersystems für nötig. Denn die Finanzlage erfordert es, daß das Bier unter allen Umständen das aufbringt, was bisher in den Etats dafür angesetzt war. Diese Ansätze würden aber nicht erreicht werden, wenn die Besteuerung in ihrer bisherigen Höhe, die übrigens bei der gegenwärtigen Kaufkraftlage der Bevölkerung auch wirtschaftlich und steuerlich nachteilige Wirkungen für das Gastwirtsgewerbe, die Brauereien und die mit dem Braugewerbe zusammenhängenden Gewerbe hat, jetzt bestehen bliebe. **Aus diesem Grunde ist spätestens zum 1. April 1932 eine entsprechende Biersteuersenkung in Aussicht genommen,** die dann auch eine weitere Senkung des Bierpreises ermöglicht.

Die Offensive der Japaner

Kiangwan von den Japanern genommen?

Schanghai, 20. Febr. Nach einer Mitteilung des japanischen Hauptquartiers **sollen die japanischen Truppen Kiangwan an der Eisenbahn Schanghai—Wusung nach schweren Kämpfen eingenommen haben.** Wie verlautet, werden die japanischen Truppen voraussichtlich in ihren augenblicklichen Stellungen erst festen Fuß zu fassen suchen, bevor sie erneut vorgehen. Die chinesischen Militärbehörden bestreiten aber diese Angaben und erklären, daß vielmehr die chinesischen Truppen die Japaner zurückgetrieben hätten.

Artilleriekampf um Schapei

Schanghai, 20. Febr. Der durch **Fliegerangriffe** auf die Tschiangkaischek-Truppen **eingeleitete japanische Angriff** wurde mit heftigem Artilleriefeuer fortgesetzt, das die Chinesen, die ihre Stellungen zäh halten, alsbald erwiderten. Zur Zeit ist der **Artilleriekampf im vollen Gange.** Schapei wird fluchtartig von der einheimischen Bevölkerung geräumt. Viele Tausende haben sich auf Dschunken geflüchtet, da alle Wege stromaufwärts mitten durch den Kriegsschauplatz führen.

Kiangwan eingenommen

Schanghai, 21. Febr. Die endgültige Erstürmung von Kiangwan durch die Japaner erfolgte um 17.30 Uhr chinesischer Zeit. Durch Einsatz einer neuen Brigade konnten die japanischen Truppenteile, die sich in der Gefahr der Umzingelung befanden, befreit werden. Die Chinesen zogen sich kämpfend zurück. Hierbei kam es an mehreren Stellen zu Nahkämpfen. Die Verluste auf beiden Seiten sind angeblich schwer. Um 19.30 Uhr war Kiangwan einschließlich des Bahnhofes in der Hand der Japaner.

*

Räumungsvorbereitungen für die deutschen Staatsangehörigen in Schanghai

Berlin, 21. Febr. In Erwartung drohender Ereignisse hat das deutsche Generalkonsul in Schanghai in gleicher Weise wie die englischen und amerikanischen Behörden Vorbereitungen für eine etwa notwendig werdende **Abreise deutscher Reichsangehöriger,** besonders von Frauen und Kindern, getroffen.

Umbildung der chinesischen Regierung? — Einführung der Zensur.

T.U. **Schanghai,** 21 Febr. Amtlich wird mitgeteilt, daß in Schanghai eine chinesische Nationalkonferenz zusammentreten will, um die militärische Lage zu beraten. Auf der Konferenz werden verschiedene Parteien und politische Gruppen vertreten sein. Tschiangkaischek wird an der Konferenz teilnehmen und Vorschläge zur Umbildung der Regierung machen. Die chinesische Regierung hat die Einführung der Zensur für Telegraphie und Post in China angeordnet.

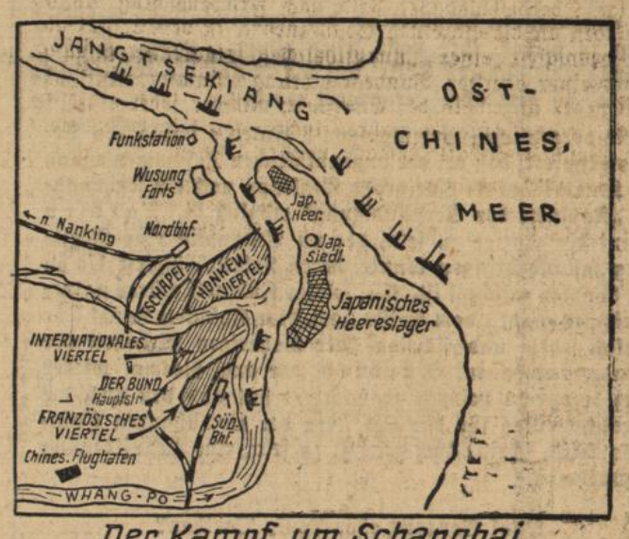
*

Japan meldet einen Sieg in der Mandschurei.

T.U. **Tokio,** 21. Febr. Nach einer Meldung der Agentur „Schimbun-Rengo" haben die Truppen des japanfreundlichen Generals Tschanghaipen die chinesischen Regierungstruppen bei Tschanu angegriffen und vernichtet. 1300 chinesische Soldaten sollen getötet worden sein.

Wie amtlich gemeldet wird, haben japanische Marinetruppen zwei Inseln in der Nähe von Swatau besetzt. Die chinesischen Truppen haben die Inseln ohne Widerstand aufgegeben.

*



Der Kampf um Schanghai

Kiangwan von den Chinesen zurückerobert. — Keine Fortschritte der Japaner.

T.U. **Schanghai,** 21. Febr. Der Kampf um Schanghai ist am Sonntag wieder heftig entbrannt. In der Nacht zum Sonntag haben die Chinesen Kiangwan, die Schlüsselstellung im Norden Schanghais zurückerobert. Die Japaner hielten lediglich den Rennplatz östlich und einige strategische Punkte. Kiangwan wurde den ganzen Sonntag über mit schweren Geschützen beschossen. Jedoch hielten die Chinesen ihre Stellung. Die Japaner melden, daß das Bombardement gute Erfolge zeitigte, sodaß die Aussichten auf einen Durchbruch sich verbessert hätten.

Während des Sonntag zogen die Japaner Truppen aus der Wusung-Gegend heran. Es wurde eine Armeegruppe gebildet, die den Befehl hat, durch Kinangwan und Tasang durchzustoßen. Eine zweite Gruppe setzte südlich von Kiangwan zum Vorstoß auf Tschenju an, wo sich das Hauptquartier des chinesischen Oberbefehlshabers befindet, ohne aber Fortschritte zu machen, obwohl hier Tanks Verwendung fanden. Bisher sind die Kämpfe an die Hauptverteidigungsstelle der Chinesen, die 8 Kilometer westlich der Schanghai-Wusung-Eisenbahn verläuft, noch nicht herangetragen worden.

Am Samstag gelang es den Japanern, den Wusung-Creek zu überschreiten. In der Nacht zum Sonntag setzten dort Gegenangriffe der Chinesen ein, die nach japanischen Mitteilungen nicht erfolgreich waren. Immerhin stellten die Japaner am Sonntag die Angriffe bei Wusung ein und beschränkten sich darauf, durch Kriegsschiffe und Flugzeuge die Wusung-Forts und die chinesischen Stellungen zu bombardieren.

Enttäuschung über die Kriegslage in Tokio.

T.U. **Tokio,** 21. Febr. Die Entwicklung der militärischen Lage in Schanghai hat in den militärischen und Regierungskreisen enttäuscht. Am Sonntag fand eine Sitzung der hohen militärischen Stellen statt, die beschlossen, sofort weitere Verstärkungen nach Schanghai zu entsenden, falls solche von General Uyeda, dem Oberbefehlshaber vor Schanghai erbeten werden würden.

Wie verlautet, hat Uyeda bereits um Entsendung einer weiteren Division gebeten.

Die Ausländer verlassen Schanghai.

T.U. **Moskau** (über Kowno), 21. Febr. Die sowjetamtliche Telegraphenagentur berichtet aus Schanghai, daß alle Schanghaier Blätter Erklärungen der ausländischen Konsulate veröffentlichen, in denen die Ausländer aufgefordert werden, sich zum sofortigen Verlassen Schanghais bereit zu halten. Der Termin der Abreise wird von der weiteren Entwicklung der Lage abhängen. Die meisten Ausländer werden voraussichtlich nach Hongkong übersiedeln.

Deutsche Industrietagung

Berlin, 20. Febr. Der Reichsverband der deutschen Industrie hielt unter Vorsitz von Dr. **Krupp** v. Bohlen u. Halbach Sitzungen seines Vorstandes und Hauptausschusses ab, in deren Verlauf u. a. Geheimrat **Kastl** über das Thema „Wirtschaftsnot und Kreditnot" referierte. Die weltwirtschaftliche Zerrüttung erklärte er, könne nur auf der Grundlage einer internationalen Regelung gebessert werden; allerdings müsse vorher noch in der Reparationsfrage die notwendige Klärung herbeigeführt werden. Auf die speziellen Verhältnisse in Deutschland übergehend, glaubte der Redner an die Regierung die Mahnung richten zu müssen, daß sie sich künftig vor Eingriffen in die private Rechtssphäre grundsätzlich freihalte. Zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Kräfte des Unternehmertums müsse vor allem das freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage wieder zur Geltung kommen. Geheimrat Kastl betonte erneut die Notwendigkeit freier Vereinbarungen über den Arbeitslohn. Auf dem Gebiete der Währungspolitik müssen die Auswirkungen der Deflation durch geeignete Maßnahmen umgehend gemildert werden, jedoch müsse man sich dabei vor kreditpolitischen Experimenten hüten, die die Währung bedrohen könnten.

Ministerialdirektor **Posse** erklärte zur deutschen Handelspolitik, daß man mit Abwehrmaßnahmen den Ländern entgegentreten sollte, die sich durch Zollerhöhungen, Kontingentierungen Devisenregelung usw. absperren.

Abraham **Frowein** wandte sich gegen jede Subventionspolitik der öffentlichen Hand. Dr. **Herle** erkannte in seinem Referat über die Werksparkassenfrage die Notwendigkeit an, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, daß die Einlagen durch Zahlungsschwierigkeiten der Firmen gefährdet würden.

Dietrich über Reorganisation der Banken

T.U. **Berlin,** 21. Febr. Reichsfinanzminister Dietrich spricht am Montag um 19,10 Uhr für alle deutschen Sender über die Reorganisation der deutschen Großbanken.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[37

Da versiegte allmählich auch seine Laune. Er wurde schweigsamer und schweigsamer und beobachtete Elme.

Was für seltsame Augen dieses Mädchen hatte!

Kritisch ging sein Blick über die Fürstin hin. Wie hatte er nur einen Augenblick lang denken können, daß diese Frau schön sei? Es war doch alles nur noch ein mühsames Festhalten der einstigen Anmut.

Doch Elme von Dörring?

Sie schmückte der Reiz der Jugend in verschwenderischer Fülle.

Mister James Rondell seufzte leise.

Da wandte er, wie magisch angezogen, den Blick nach links. Dort saß Baron Sekzöny und musterte mit dreister Gier Elmes reine Schönheit. Diesem berüchtigten Don Juan war nichts heilig, nicht einmal die Frau eines anderen. So würde seine Gier auch nicht vor dem Mädchen halt machen, das den Verlobungsring trug.

Mit gewohnter Vertraulichkeit neigte Sekzöny sich zu Aja Sabofsky.

„Sie haben tatsächlich nicht zuviel gesagt, Durchlaucht. Ich bin bereits bis über beide Ohren verliebt. Genügt Ihnen das?"

Ein Lächeln der Fürstin, triumphgesättigt, doch noch immer voll Haß:

„Vorläufig genügt es. Doch vergessen Sie nicht unsere Abmachung. Der Scheck ist hoch, wie Sie wissen."

„Ich weiß es. Ich bin Ihnen wirklich dankbar für die kurze Aufklärung."

Die letzten Worte sprach er absichtlich laut; alsdann wandte er sich an die Gräfin Deklar.

„Wie bekommt Ihnen Zoppot, gnädigste Gräfin?"

„Danke. Mir bekommt alles gut. Hier amüsiere ich mich besonders heute abend. Man kommt in den Genuß eines guten Konzertes; aber noch mehr erlaben sich meine Augen."

Das klang entschieden boshaft; die Fürstin zuckte leicht zusammen. Diese ekelhafte alte Gräfin. Aber sie brauchte sie, um ungeniert ihren Neigungen leben zu können. Die alte Dame hatte Lebensart, war aber doch im gegebenen Augenblick die große Dame, unter deren Schutz man sorglos leben konnte.

Ihre Worte vorhin waren zweideutig. In welcher Richtung aber? Waren sie auf sie, die Fürstin, gemünzt? Wie häßlich, wenn man etwa anfing, sich über ihre verschiedenen Beziehungen aufzuhalten! Wenn es an dem ist, dann war eine Freundschaft zwischen ihr und der Gräfin Deklar nicht mehr möglich.

Aber sie wollte doch lieber etwas vorsichtiger sein. Es stand ja auch vielzuviel auf dem Spiel. Die Fürstin Sabofsky mußte erhaben dastehen, wenn Elme von Dörring, die Braut des stolzen, finsteren Rheinsbergh im Mittelpunkt eines gesellschaftlichen Skandals sich befand. Daß das geschah, dafür würde schon Sekzöny sorgen.

Frau von Löwenried dachte sich auch ihr Teil. Sie war doch zu klug, um nicht festzustellen, daß das hier bestimmt keine Gesellschaft für junge, unberührte Mädchen sei.

Doch die gesellschaftliche Form ließ es nicht zu, sich ohne weiteres zurückzuziehen. Frau von Löwenried bereute es, dieses Zusammensein herbeigeführt zu haben. Nun, sie würde sich nach und nach wieder absondern. Keinesfalls war es nach Dietrichs Wunsch, wenn seine Braut hier in diesen Kreisen verkehrte.

Mit Schrecken wurde es der alten Dame klar, daß die Fürstin ein Doppelleben führte. Daß es ihr schwer genug fallen mochte, daheim die Grenzen zu wahren, und daß sie sich auf ihren Reisen ganz anders benahm.

Frau von Löwenried war keine Frau, die dem Leben mit philisterhaften Ansichten gegenüberstand, aber Ehre und Anstand einer Dame mußten stets gewahrt bleiben. Das schien ihr aber in bezug auf die Fürstin nicht mehr ganz sicher.

Und diese Frau hatte ihre Augen einmal auf Dietrich von Rheinsbergh geworfen?! Daß in dieser Beziehung der Fürstin eine Enttäuschung beschieden sein mußte, schien ihr jetzt als das einzig Richtige. Sie mußte so schnell wie möglich Elme aus dieser Gesellschaft wieder fortbringen — und ihre eigenen Töchter mit.

Baron Sekzöny beugte sich zu Elme von Döring hernieder.

„So schweigsam, mein gnädiges Fräulein? Haben Sie Heimweh, oder weckt der bezaubernde Walzer Erinnerungen?"

Sie sah ihn an, und es war, als kehre sie jetzt erst in die Wirklichkeit zurück, so groß und glückversonnen waren ihre dunkelblauen Augen. Elme sagte:

„Beides stimmt, Herr Baron. Und beides galt meinem Verlobten!"

Er biß sich auf die Lippen. Die Abweisung war nicht zu verkennen. Er stellte es ingrimmig fest.

Nach dem Konzert wurde getanzt. Einige der Herrschaften aber gingen in die Spielsäle. Baron Sekzöny hätte eigentlich das letztere vorgezogen. Durch einen Blick der Fürstin bezwungen, blieb er.

Elme lehnte jeden Tanz ab; sie enttäuschte dadurch alle Herren schwer. Doch sie blieb allem Zureden gegenüber fest und lächelte fast ein wenig mitleidig. Was galt ihr ein Tanz mit einem fremden Manne?

Aja Sabofsky warf einen haßerfüllten Blick auf das blonde Mädchen.

War ihr denn gar nicht beizukommen? Umschloß Dietrich Rheinsberghs Liebe dieses Geschöpf wie ein schützender Panzer, den keine noch so fein ausgeklügelte Intrigdurchbrechen konnte?

Die Töchter der Geheimrätin tanzten jede Tour. Sie amüsierten sich köstlich. Und sie begriffen Elme nicht. Was war denn weiter dabei, wenn sie einige Touren tanzte? Hatte Dietrich ihr das verboten? Möglich war es schon, daß er so den Tyrannen herauskehrte. Das sah ihm ähnlich. Und eigentlich war Elme nicht zu beneiden.

(Fortsetzung folgt.)